

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Energieeffizienz statt Klima-Ideologie von <i>Simon Binder</i> Seite 2	Kanton Zürich Ausgabendisziplin bleibt das Gebot der Stunde von <i>Andreas Keiser</i> Seite 3	Kanton Zürich Drei langjährige und verdiente Kantonsräte verabschiedet Seite 3	Parlamentsgemeinden Für eine Stadtentwicklung mit Augenmass von <i>Kevin Husi-Fiechter</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Fiire mit de SVP am 22.10. in Pfäffikon Seite 2
---	---	---	--	--

DIE SVP WÜNSCHT FROHE SOMMERFERIEN

Unsere Schweiz. Unsere Verantwortung.

Die Schweiz gehört nach wie vor zu den erfolgreichsten Ländern der Welt. Gleichzeitig steht sie vor grossen Herausforderungen: Die anhaltend hohe Zuwanderung belastet die Infrastruktur, Wohnraum wird knapper, Verkehrswege stossen vielerorts an ihre Grenzen und die Ansprüche an den Staat wachsen stetig. Hinzu kommen geopolitische Spannungen und wirtschaftliche Unsicherheiten. Gerade deshalb lohnt sich der Blick auf jene Grundlagen, die unser Land stark gemacht haben.



Freiheit, direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern müssen gepflegt und verteidigt werden.

Bild: Pixabay

Die Schweiz verdankt ihre starke Ausgangslage keinem Zufall. Sie ist das Ergebnis eines Staatsmodells, das auf Freiheit, Eigenverantwortung und Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger baut. Die direkte Demokratie gibt dem Volk das letzte Wort. Der Föderalismus sorgt dafür, dass Entscheidungen möglichst nahe bei den Menschen getroffen werden. Die Neutralität verschafft unserem Land Unabhängig-

keit, Glaubwürdigkeit und Handlungsspielraum. Dazu kommen eine leistungsfähige Wirtschaft, starke KMU, solide Staatsfinanzen und ein Milizsystem, das Verantwortung breit in der Gesellschaft verankert. Ob in den Gemeinden, in Parlamenten, Vereinen oder Feuerwehren – überall engagieren sich Menschen neben Beruf und Familie für das Gemeinwohl. Dieses Zusammenspiel aus

politischer Mitbestimmung, wirtschaftlicher Freiheit und persönlichem Einsatz hat Wohlstand, Stabilität und Sicherheit ermöglicht. Wenn das Gleichgewicht kippt Dieses Erfolgsmodell steht jedoch unter Druck. Die Bevölkerung wächst schneller als die Infrastruktur. Gleichzeitig nehmen Regulierungen und Bürokratie zu. Immer häufiger wird nach neuen

staatlichen Vorschriften gerufen, statt auf Eigenverantwortung, gesunden Menschenverstand und unternehmerische Freiheit zu setzen. Auch von aussen wächst der Druck. Internationale Organisationen und ausländische Partner versuchen immer wieder, Einfluss auf den schweizerischen Weg zu nehmen. Dabei geht leicht vergessen, dass unser Land gerade deshalb erfolgreich wurde, weil es eigenständige Lösungen entwickelt hat – angepasst

der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Volksinitiative zur Einschränkung von Feuerwerk, die Volksinitiative zur Abschaffung der steuerlichen Benachteiligung verheirateter Paare sowie über die Revision des Kriegsmaterialgesetzes. Die einzelnen Vorlagen betreffen unterschiedliche Politikbereiche. Gemeinsam ist ihnen, dass sie Grundsatzfragen aufwerfen: Wie viel Eigenverantwortung trauen wir den Menschen zu? Welche Aufgaben soll der Staat übernehmen? Wie sichern wir Wohlstand, Freiheit und Unabhängigkeit für kommende Generationen?

Diese Debatten verdienen eine sachliche und engagierte Auseinandersetzung. Denn die Zukunft der Schweiz entscheidet sich nicht von selbst. Sie hängt davon ab, ob Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen, sich politisch einbringen und bereit sind, für bewährte Werte einzustehen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und Ihren Familien einige erholsame Sommertage. Bereits in wenigen Wochen starten wir gemeinsam mit frischem Elan in einen politisch intensiven Herbst. Wir freuen uns darauf, die bevorstehenden Abstimmungen im «Zürcher Bote» einzuordnen und mit Ihnen über die Zukunft unseres Landes und unseres Kantons zu diskutieren – mit Überzeugung, Weitsicht und dem gemeinsamen Ziel, die Schweiz auch in Zukunft frei, sicher und erfolgreich zu erhalten.

«Wie sichern wir Wohlstand, Freiheit und Unabhängigkeit für kommende Generationen?»

an unsere Geschichte, unsere Kultur und unsere politischen Institutionen. Freiheit, direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie müssen gepflegt, verteidigt und immer wieder mit Leben gefüllt werden. Nur so bleibt die Schweiz auch in Zukunft selbstbestimmt, sicher und handlungsfähig.

Ein richtungsweisender politischer Herbst

Nach einer kurzen sommerlichen Verschnaufpause nimmt die politische Agenda rasch wieder Fahrt auf. Bereits Ende September stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Neutralitätsinitiative und die Ernährungsinitiative ab. Im Kanton Zürich gelangen zudem das Lehrpersonalgesetz sowie die Änderungen des Patientinnen- und Patientengesetzes und des Gesundheitsgesetzes an die Urne.

Nur zwei Monate später folgen auf Bundesebene weitere wichtige Entscheidungen. Im November befinden Volk und Stände über die Zusatzfinanzierung

Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

★★★★★

- Erfahrungen aus über 90 Kampagnen
- Nationale, kantonale und kommunale Kampagnen
- Viele Erfolge bei bedeutenden Abstimmungen und Personenwahlen
- Das Handwerk von einem der besten Werber gelernt
- Alles aus einer Hand, hochwertig und innovativ

Wollen wir gemeinsam Abstimmungen und Wahlen gewinnen?
Telefon: 076 241 75 76 / E-Mail: balsiger@brainmedia.online

Samuel Balsiger
Erfolgreicher Marketing- und PR-Experte
und Führungsfachmann mit eidg. Fachausweisen

Wer die Wahlen 2027 gewinnen will, muss jetzt aktiv werden. Kontaktieren Sie mich.

BrainMedia
Datengetriebene Kreativ-Agentur

www.BrainMedia.online

Die nächste Ausgabe des Zürcher Boten erscheint am Freitag, 24. Juli 2026.



Junge Generation Psycho

Die Organisation «Facts 4 Future» hat erschreckende Zahlen zusammengetragen – gestützt auf eine Gesundheitsbefragung des Bundesamts für Statistik bei Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Demnach haben 2022 14,0 Prozent der jungen Frauen und 4,3 Prozent der jungen Männer innerhalb der letzten zwölf Monate eine psychische Behandlung in Anspruch genommen. Junge Frauen liessen sich also mehr als dreimal so häufig therapieren wie die gleichaltrigen Männer. Das Bundesamt für Statistik führt die Befragung alle fünf Jahre durch. Seit der Erhebung von 2017 nahm der Anteil junger Frauen um 7,1 Prozent zu, bei den jungen Männern um 1,1 Prozent. Diese Befunde betreffen nur den Anteil an konkreten psychischen Behandlungen. Psychisch mittel bis hoch belastet fühlten sich 2022 29,0 Prozent der jungen Frauen und 16,4 Prozent der jungen Männer. Solche Zahlen beziehen sich übrigens nur auf Privathaushalte. Die Patienten von psychiatrisch-psychischen Institutionen sind noch nicht einmal mitgerechnet. Was steckt hinter den Ziffern und Daten? Vorerst ist festzuhalten, dass sie mit dem Angebot zusammenhängen. Denn das entsprechende Fachpersonal weiss sich die Arbeit durchaus selber zu beschaffen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit hat sich die Anzahl der hiesigen Psychiaterinnen und Psychiater mit heute gegen 5000 mehr als verdoppelt. Beinahe eine Verdoppelung gab es in diesem Zeitraum auch beim psychologischen Personal; allein die Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen zählt mittlerweile über 12 000 Mitglieder. Treiber der Entwicklung ist zweifellos die Möglichkeit, psychische Behandlungen auch von nicht-ärztlichen Spezialisten über die Grundversicherung abzurechnen. Frauen dürften eher Hilfe beanspruchen, weil sie dem Thema offener gegenüberstehen, Hormonschwankungen und Angststörungen stärker ausgesetzt sind und öfter sexualisierte und andere Gewalt erleiden. Doch man rennt wohl auch vorschnell zu Psychiatern und Psychologen. Für deren Stundenlohn würde allerdings fast jeder den anderen besser zuhören.

WENIGER BÜROKRATIE, MEHR EIGENVERANTWORTUNG

Die Wärmepumpe: Im Winter hochgelobt – im Sommer verteufelt?

Es ist ein technisches Paradoxon, das man nur noch mit ideologischen Scheuklappen erklären kann: Im Winter wird die Wärmepumpe von linksgrüner Seite völlig zu Recht als thermodynamisches Wunderwerk gefeiert. Sobald das Thermometer im Sommer aber die 30-Grad-Marke knackt, mutiert dieselbe Technologie plötzlich zum klimaschädlichen Buhmann.



Simon Binder
Stadttrat SVP
Illnau-Effretikon

Dabei ist die Sache physikalisch ganz einfach: Eine Klimaanlage ist technisch betrachtet nichts anderes als eine Wärmepumpe, die im Rückwärtslauf betrieben wird. Moderne Geräte können längst beides. Warum also soll dieselbe hocheffiziente Technik im Sommer «böse» sein – ausgerechnet dann, wenn wir dank Photovoltaik unseren eigenen Strom im Überfluss produzieren? Statt auf diese logische Lösung zu setzen, erleben wir beim ersten Sommerheisswetter das immer gleiche mediale Gejammer. Es wird über hitzefreie Schulen berichtet und wenig hilfreiche Tipps mit Ventilatoren, feuchten Tüchern oder Eiswürfeln werden propagiert. In Sachen moderne Klimatisierung wirkt die Schweiz bisweilen wie ein Entwicklungsland. Das wäre fast schon amüsant, wenn es nicht ernst wäre: Selbst in Spitälern und Pflegeheimen steigen bei Hitzewellen die Belastungen für Patienten und Personal massiv an, weil bürokratische Hürden den Einbau moderner Kühlungen blockieren. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Bevölkerung die Hitze maximal spüren soll, um die von der politischen Gegenseite geforderte Dringlichkeit für noch radikalere Klimamassnahmen künstlich hoch zu halten.

Energieeffizienz statt Klima-Ideologie

Wer sich als Eigentümer oder Gewerbetreibender dennoch für ein effizientes Split-Klimagerät entscheidet, rennt direkt in die Arme der Bürokratie. Aufwändige Lärmschutzmodellierungen, Auflagen der Ortsbild- und Denkmalpflege oder die starre Koppelung an eine Solarpflicht machen die Bewilligung zum Spiessrutenlauf. Die Folge dieser Überregulierung liegt auf der Hand: Viele von der Hitze geplagte Bürger weichen verständlicherweise auf bewilligungsfreie, aber höchst ineffiziente mobile Monoblock-Geräte aus. Bei diesen muss das Fenster gekippt bleiben, um den Abluftschlauch hinauszuhängen – die warme Luft strömt direkt wie-

der rein. Damit erweist die ideologisch motivierte Blockadepolitik der Energieeffizienz und dem Klima einen maximalen Bärendienst. Wenn der Strom an einem heissen Sommertag ohnehin aus einheimischer

Produktion im Überschuss fliesst, gibt es keinen vernünftigen Grund, den Menschen das Kühlen ihrer Wohn- und Arbeitsräume madig zu machen. Die Entscheidung über das eigene Wohn- und Arbeitsklima gehört in die Hände der Eigentümer, Gewerbetreibenden und Familien vor Ort und nicht in die Amtsstuben. Auch hier fehlt derzeit eine Politik, welche auf die Eigenverantwortung der Bürger vertraut.



Während man zum Heizen auf modernste Technik setzt, sind wir in Sachen Klimatisierung ein Entwicklungsland.

Bild: Simon Binder

EINSEITIGE SITZUNGEN IN DER AUSSENPOLITISCHEN KOMMISSION DES NATIONALRATS

Keine seriöse Debatte um EU-Vertrag

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats will die EU-Verträge, die in Bundesbern unter dem falschen Begriff «Bilaterale III» daherkommen, im Blitztempo durch das Parlament peitschen. Die EU-Turbos hintertreiben damit eine seriöse Prüfung der Zehntausende Seiten umfassenden Vorlage.

rw. Der St. Galler SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel ist bereits seit 2010 Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK). Dort haben die anderen Parteien jeweils ihre EU-Turbos und Internationalisten installiert. Heute besetzen mit Fabian Molina und Jon Pult von der SP, Simon Michel von der FDP und Elisabeth Schneider-Schneiter von der Mitte die grossen EU-Fans die Sitze in der APK.

Ehrliche Debatte hintertrieben

Was jedoch aktuell im Zusammenhang mit dem neuen EU-Vertrag abgehe, habe er so noch nie erleben müssen, meint Büchel. Der EU-Vertrag habe für unser Land so negative Folgen wie noch nie ein Abkommen zuvor. Kein Wunder,

würden sich die Befürworter scheuen, eine ehrliche Debatte über die Konsequenzen für unser Land zu führen. Die EU-Turbos treiben ein abgekartertes Spiel, so Büchel weiter. Linksgrün habe das Geschäft unter Mithilfe der Mitte und mit allerlei Tricks und Kniffen der APK zugeschanzt. Dort bereiteten die EU-Turbos unter Ausschluss der Öffentlichkeit alles vor, damit der EU-Unterwerfungsvertrag noch diesen Winter im Eiltempo durch das Parlament gepeitscht werden kann, bilanziert Büchel.

Keine vertiefte Prüfung

Eine vertiefte Prüfung und Beratung der insgesamt über 20 000 Seiten umfassenden Vorlage, bestehend aus EU-Vertrag, EU-Verordnungen und bundes-

rätlicher Botschaft, findet in der Kommission nicht statt.

Sorgfalt und Seriosität fehlen

Bei einem Dossier dieser Tragweite müssten eigentlich Sorgfalt und Seriosität oberste Gebote sein. Es geht um die künftigen Beziehungen zur EU, um die dynamisch-automatische Rechtsübernahme, um die Rolle fremder Richter und um zusätzliche finanzielle Verpflichtungen in Milliardenhöhe.

Lichtblick Ständerat

Und es stellt sich gemäss dem St. Galler Nationalrat die Frage aller politischen Fragen: «Wie viel Eigenständigkeit kann die Schweiz bewahren, wie viel Freiheit bleibt ihren Bürgern bei

einem Ja zum EU-Unterwerfungsvertrag?» Immerhin beharre jetzt die zuständige Kommission des Ständerats auf dem Ständemehr und hat entschieden, dass Volk und Kantone darüber abstimmen sollten.

Zahlen, zahlen, zahlen

Diese EU-Verträge haben schwerwiegende Auswirkungen auf unser Land. Unsere demokratischen Rechte werden ausgehebelt. EU-Recht steht über Schweizer Recht. Bei Streitigkeiten hat darum der Europäische Gerichtshof das letzte Wort. Wenn wir nicht brav alles übernehmen, kann uns die EU sogar mit Sanktionen bestrafen. Damit nicht genug: Die Schweiz verpflichtet sich per Vertrag, Milliarden Franken an die EU zu zahlen. Warum eigentlich? Die Schweiz ist ja ein Top-Kunde der EU. Aber die EU braucht sichtlich neue Nettozahler.

Fiire mit de SVP

Treffen Sie unsere Regierungsratskandidaten **Natalie Rickli** und **Martin Hübscher** sowie zahlreiche Kantonsratskandidaten

Party-Band: Compass

Dresscode: Rot-Weiss oder Edelweiss

22. Oktober 2026
Ab 19.00 Uhr

1 Essen und 1 Getränk offeriert

Chesselhuus Pfäffikon

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Ausgabendisziplin bleibt das Gebot der Stunde

Die letzte Doppelsitzung vor der Sommerpause stand im Zeichen des Geschäftsberichts des Regierungsrates sowie der Rechenschaftsberichte der Zürcher Gerichte. Der Kantonsrat genehmigte sämtliche Berichte einstimmig. Uneinigkeit herrschte einzig bei der Abschreibung des Postulats «Stopp Pflexit, Hopp Kanton Zürich». Dazu verweise ich auf den nebenstehenden Kommentar von Kantonsrat Lorenz Habicher.



Andreas Keiser
Kantonsrat SVP
Glattfelden

Zu Beginn der Vormittagssitzung legte Thomas Wolf (SVP, Winterthur) das Amtsgelübde als Kantonsrat ab. Er ersetzt Kantonsrätin Susanna Lisibach und wurde in die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) gewählt. Im Anschluss wählte der Kantonsrat Patrick Bischoff (SVP, Maur) als neues Mitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2025 bis 2031. Herzliche Gratulation!

Zustimmung zu zwei Nachtragskrediten – verbunden mit kritischen Hinweisen

Anschliessend genehmigte der Kantonsrat zwei Nachtragskredite für das Jahr 2025. Der erste betrifft die Einführung der neuen Geschäftsverwaltungslösung der Justizbehörden («Helium») in der Höhe von rund 11,3 Millionen Franken, der zweite den Aufbau einer kantonalen Datenplattform über knapp 1,5 Millionen Franken. Die SVP unterstützt Investitionen, wenn sie nachvollziehbar, notwendig und wirtschaftlich begründet sind. Gleichzeitig bleibt sie bei In-

formatikprojekten des Kantons wachsam und fordert eine konsequente Kostenkontrolle.

Ausgabendisziplin und Wertschöpfung statt Umverteilung

Der Geschäftsbericht des Regierungsrates weist einen Überschuss von 727 Millionen Franken aus. Das ist erfreulich, birgt aber auch Risiken. SVP-Kantonsrat Marc Bochsler mahnt deshalb zur Ausgabendisziplin: «Nicht die Einnahmen sind langfristig unser Problem, sondern die Dynamik der Ausgaben.» Der Aufwand des Kantons Zürich ist in den vergangenen zehn Jahren nämlich von rund 16 Milliarden auf über 20 Milliarden Franken angestiegen. Anders ausgedrückt: Jeder einzelne Tag kostet den Kanton Zürich rund 55 Millionen

quant zwischen Notwendigem und Wünschbarem zu unterscheiden. Umverteilung schafft keinen Wohlstand – Wertschöpfung hingegen schon.

Nazi-Vergleich wird zum Bumerang

Gegen Ende der Nachmittagssitzung wurde es bei der Debatte zur Abschreibung eines Postulats doch noch etwas «hitzig». Dieses verlangte, dass Politiker in Initiativkomitees ihre Privatadresse nicht mehr veröffentlichen müssen, um sie besser vor Drohungen und Beleidigungen zu schützen. Das nicht ganz ernst gemeinte «Godwin's Law» besagt, dass mit zunehmender Dauer einer Diskussion die Wahrscheinlichkeit eines Nazi-Vergleichs steigt. Ein grüner Kantonsrat bestätigte diese Regel, indem er sinngemäss erklärte, die SVP mache seit Jahren Hass und Hetze salonfähig. Er führte weiter aus, die Partei schiesse seit Jahren regelmässig gegen Minderheiten und diffamiere sowie entmensliche ihre politischen Gegner auf Plakaten. So, wie das schon 1931 die NS gemacht hatte. Diese Aussagen liess die SVP-Fraktion nicht unbeantwortet und wies die Vorwürfe entschieden zurück. Nazi-Vergleiche sind rhetorische Rohrkrepierer. Wer zur Nazi-Keule greift, macht sich eigentlich nur noch lächerlich – eine Kernkompetenz der Grünen, die uns den Abstieg quasi als Programm liefern.

«Umverteilung schafft keinen Wohlstand – Wertschöpfung hingegen schon.»

Franken. Damit wachsen die Staatsausgaben schneller als Bevölkerung und Wirtschaft – eine Entwicklung, die zu denken geben muss.

Positiv zu vermerken sind hingegen der hohe Selbstfinanzierungsgrad sowie der weitere Abbau der Nettoschulden. Solide Finanzpolitik bedeutet, konse-



Vandalismus und Hassbotschaften gehören zum linksgrünen Alltag.

Bilder: SVP

WORTE DER CO-PRÄSIDENTIN DER SVP STADT ZÜRICH

Ärger, Aggressionen und Stasi-Methoden

Wir alle kennen den harten Kurs, den die Stadt Zürich gegen den Autoverkehr fährt. Das spüren die Autofahrer täglich: Der Platz für sie wird immer enger, sei es für das Parkieren oder auch für das Fahren. Parkplätze, Spuren und Abbiegemöglichkeiten werden abgebaut, künstliche Hindernisse aufgebaut. Verärgert müssen Autofahrer dadurch weitere Wege fahren, um ans Ziel zu kommen. Parkplatzsuche verursacht Verspätungen, Stress und Frust. Das Velofahren hingegen wird seit Jahren gefördert, sei es mit Hunderten von Millionen Franken, mit welchen Zürich zur Velo-Stadt umgebaut wird, oder beispielsweise subventionierten E-Cargovelos für bestimmte Siedlungen. Parallel dazu dürfen Velofahrer alles. Sie brauchen sich nicht um Verkehrsregeln kümmern. Dementsprechend forsch verhalten sie sich auf den Strassen. Alles zusammen führt dazu, dass die Aggressionen im Verkehr zunehmen. Aggressionen fördern gefährliche Situationen. Somit sei festgestellt, dass die linksgrüne Verkehrspolitik die Verkehrssicherheit gefährdet! Machen Sie

den Test selber – fahren Sie einen Tag in der Stadt Zürich Auto und dann einen auf dem Land. Wo sind Sie spannter unterwegs? Wo gehen die Verkehrsteilnehmer freundlicher miteinander um? Gerne nehme ich Ihre Rückmeldungen entgegen.

Zürich im 21. Jahrhundert: stasiähnliche Methoden

Mit «autoarmen Siedlungen» hat die Stadt nun einen radikalen Weg eingeschlagen, um zu einer möglichst autofreien Bevölkerung zu kommen. Zum Beispiel die Wohnsiedlung Leutschenbach. Die Stadt hat 369 preisgünstige Wohnungen erstellt für 1100 Personen. Die Siedlung hat nur 120 Parkplätze in ihrer Tiefgarage. Einen Parkplatz beantragen kann nur, wer infolge seines Berufs oder einer Mobilitätseinschränkung auf ein Auto angewiesen ist. Allen anderen ist der Besitz eines Autos vertraglich verboten. Kurz nach dem Einzug der neuen Bewohnerschaft hat offenbar die Parksituation bei der Wohnsiedlung nicht den Erwartungen der Stadtverwaltung ent-

sprochen, will heissen, es wurden viele Autos rund um die Siedlung wild parkiert. Seit September 2025 kontrolliert darum ein privater Sicherheitsdienst im Auftrag der Stadt, wer da wo parkiert, und verteilt Bussen. Was dies den Steuerzahler kostet, will die Stadt nicht preisgeben. Doch es geht jetzt noch weiter: Die Stadt will nun genau prüfen, ob zwei Drittel der Bewohner den Autoverzicht einhalten. Im Rahmen eines «Controllings» will die Stadt nun prüfen, wie viele Anwohnerparkkarten für die blaue Zone auf die Adresse der Wohnsiedlung Leutschenbach registriert sind. Das sind schon fast stasiähnliche Methoden in den Amtshäusern Zürichs. Ob die Fehlbaren ausziehen müssen, darauf können wir gespannt sein.



von
Susanne Brunner

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Linke lassen Gesundheitskosten noch mehr explodieren



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Noch kann der Regierungsrat in seinem Geschäftsbericht dem Kantonsrat einen begründeten Antrag auf Abschreibung gestützt auf § 45 Abs. 3 bzw. § 54 Abs. 3 Kantonsratsgesetz (KRG) stellen. Mit dem Geschäftsbericht 2025 beantragte nun der Regierungsrat, die Motion KR-Nr. 78/2022 betreffend «Stopp Pflexit, Hopp Kanton Zürich» als erledigt abzuschreiben.

Die Volksinitiative «Für eine starke Pflege» (Pflegeinitiative) wurde am 28. November 2021 angenommen. Diese Initiative forderte eine Änderung der Bundesverfassung (BV) und in den Übergangsbestimmungen (Art. 197 Ziff. 12) explizit, dass der Bund Ausführungsbestimmungen für eine angemessene Abgeltung und anforderungsgerechte Arbeitsbedingungen für die Pflege erlässt. Einfach gesagt: ein neues Bundesgesetz.

Erst wenn das Bundesparlament dieses Bundesgesetz verabschiedet hat, kann die kantonale Gesetzgebung mit der konkreten Arbeit dazu beginnen. Da diese

Klärung nicht innert der vorgegebenen Frist bis August 2026 erfolgt, ist eine Abschreibung dieser Motion angezeigt. Ob dies nun eine elegante Lösung ist, war Inhalt der folgenden Debatte, trägt aber nichts zur Lösung auf Bundesebene bei. Fakt ist: Die Regierung kann gar keine sachgerechte Umsetzungsvorlage vorlegen und ohne Bundesgesetz wird es für den Kanton Zürich richtig teuer.

Kurz vor der Mittagspause wurde abgestimmt und die Ratslinke feierte einen Pyrrhussieg mit 87 zu 83 Stimmen. Je zwei Absenzen bei SVP und FDP besiegten den Gesetzesauftrag an die Gesundheitsdirektion. Binnen sechs Monaten soll dem Auftrag des Kantonsrates nachgekommen und eine Vorlage zur monetären Stärkung der Pflege ausgearbeitet werden. Angesichts der 100 Millionen Franken für die Förderung der Pflegeausbildungen in den nächsten acht Jahren darf nach diesem Fehlentscheid mit einer zwei bis dreifachen Summe für die «angemessene Abgeltung der Pflege» gerechnet werden. Also fragen Sie sich nicht, welche Kosten die Krankenkassenprämien bis 2030 explodieren lassen... solche knappen Mehrheitsentscheide von SP, Grünen, GLP, EVP und AL, Hunderte Millionen Franken auszugeben, tragen aber massgeblich dazu bei.

AUS DER SVP-FRAKTION

Verdiente Kantonsräte verabschiedet – erfahrene Nachfolger übernehmen

An den vergangenen beiden Fraktionssitzungen durften wir drei langjährige SVP-Kantonsratsmitglieder verabschieden: Susanna Lisibach (seit 2020), Paul Mayer und Walter Honegger (beide seit 2019).

SB. Mit ihrem grossen Engagement und ihrem unermüdlichen Einsatz haben sie die Arbeit der SVP im Kantonsrat über viele Jahre entscheidend mitgeprägt. Für ihre wertvollen Verdienste und ihren Einsatz zugunsten unseres Kantons und unserer Partei danken wir ihnen herzlich und wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute.

Für Susanna Lisibach ist am 6. Juli Thomas Wolf in den Kantonsrat nachgerückt. Er gehörte von 2018 bis 2023 dem Winterthurer Stadtparlament an

und bringt damit bereits parlamentarische Erfahrung mit. Nach den Sommerferien werden zudem Matthias Stutz (Marthalen) und René Schweizer (Fischenthal) ihre Sitze im Kantonsrat einnehmen. Als langjährige Gemeinderäte und Gemeindepräsidenten verfügen sie über einen grossen politischen Erfahrungsschatz und sind mit den Anliegen der Bevölkerung bestens vertraut. Wir wünschen allen dreien viel Erfolg und Befriedigung in ihrem neuen Amt.



Fraktionspräsident Tobias Weidmann (m.) mit Paul Mayer (l.) und Walter Honegger.

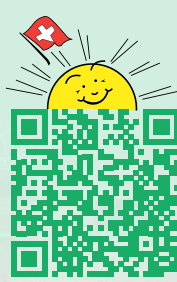
Bild: SVP



Fraktionspräsident Tobias Weidmann und Susanna Lisibach.

Bild: SVP

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



SVP SCHWAMENDINGEN

Grillfest auf dem Klötihof

Bei herrlichem Sommerwetter durfte die SVP Schwamendingen bereits zum dritten Mal ihr traditionelles Grillfest auf dem wunderschönen Klötihof von Fabian Klöti und Sara Knöpfli durchführen. Zahlreiche Mitglieder, Familien, Freunde und Sympathisanten folgten der Einladung und verbrachten einen geselligen Abend in gemütlicher Atmosphäre.

Den politischen Höhepunkt des Abends bildete die Festrede von Nationalrat Mauro Tuena. In seiner engagierten Ansprache blickte er auf die Abstimmung zur Initiative gegen die 10-Millionen-Schweiz zurück. Zwar fand die Initiative an der Urne keine Mehrheit. Für Mauro Tuena war das Resultat dennoch kein Grund, den Kopf hängen zu lassen. «Haben wir wirklich verloren? Nein!», betonte er. Es sei gelungen, weit über die eigene Stammwählerschaft hinaus Menschen für das Anliegen zu mobilisieren und eine wichtige Diskussion über die Zukunft der Schweiz anzustossen.

Gleichzeitig sprach Tuena allen Anwesenden seinen herzlichen Dank für ihren ausserordentlichen Einsatz im Abstimmungskampf aus. Einen derart grossen Einsatz und eine solche Begeisterung für eine politische Vorlage habe er selten erlebt. Gerade diese Erfahrung stimme ihn zuversichtlich für den bevorstehenden Kampf gegen den Unterwerfungsvertrag mit der Europäischen

Union. «Jetzt müssen wir nochmals einen Gang zulegen», gab Tuena den Anwesenden mit auf den Weg.

Geselliges Beisammensein

Neben der Politik kam auch die Geselligkeit nicht zu kurz. Gemeinderat Markus Weidmann organisierte das beliebte Puure-Quiz rund um den Klötihof und die Schweizer Landwirtschaft. Mit viel Humor und spannenden Fragen wurde das Wissen der Teilnehmenden auf die Probe gestellt. So wussten längst nicht alle, dass auf dem Klötihof rund 300 Hühner leben. Das Quiz sorgte einmal mehr für viele Lacher und einen unterhaltsamen Wettbewerb unter den Gästen.

Als Sieger des beliebten Puure-Quiz profilierte sich der ehemalige Gemeinderatspräsident Heinz Schatt. Mit seinem beeindruckenden Wissen über den Klötihof und die Landwirtschaft liess er die Konkurrenz hinter sich und sicherte sich verdient den ersten Platz.

Kulinarik und Hofführung

Für das kulinarische Wohl der Gäste sorgte Barbara Weidmann gemeinsam mit zahlreichen Helferinnen und Helfern. Das reichhaltige Salat- und Dessertbuffet ergänzte die feinen Grilladen und trug wesentlich zur gemütlichen Atmosphäre des Sommerabends bei.

Gastgeber Fabian Klöti führte interessierte Besucherinnen und Besucher persönlich über seinen Betrieb und gewährte spannende Einblicke in den modernen Bio-Landwirtschaftsbetrieb. Die Hofführung zeigte eindrücklich, mit wie viel Herzblut und Engagement auf dem Klötihof gearbeitet wird.

Zusammenhalt im Quartier

Ein weiterer Höhepunkt war der Beitrag von Rolf Gerber. Er stellte das einmalige Schwamendinger Bier seines Sohnes Patrik Gerber vor. Ein Teil des Erlöses jedes verkauften Bieres fliesst an die Arbeitsgruppe Wasserrad Schwamendingen. Diese wurde ins Leben gerufen, um das historische Wasserrad in Schwamendingen wieder in Bewegung zu bringen. Zudem produziert Patrik Gerber den beliebten Schwamendinger Honig und zeigte eindrücklich auf, wie wichtig Bienen für den natürlichen



Beste Stimmung auf dem Klötihof (v.l.n.r.): Alt GR Heinz Schatt, KR Ueli Bamert, Alt KR Christian Mettler, GR Markus Weidmann, GR Derek Richter, NR Mauro Tuena, Rolf Gerber und GR Michele Romagnolo.

Bild: zVg

Kreislauf und eine funktionierende Landwirtschaft sind.

Auch Verena Schatt, Präsidentin des Vereins Markt Schwamendingen, nutzte die Gelegenheit, um den beliebten Schwamendinger Markt vorzustellen. Jeden Donnerstagnachmittag verwandelt sich der Schwamendingerplatz in einen Treffpunkt für die Quartierbevölkerung. Frische regionale Produkte, Spezialitäten und persönliche Begegnungen machen den Markt zu einem festen Bestandteil des Quartierlebens. Zu den Marktfahrern gehört auch die Familie Klöti, die dort ihre frischen Produkte direkt vom Hof anbietet und damit Regionalität und Nachhaltigkeit tagtäglich lebt.

Das Grillfest auf dem Klötihof zeigte einmal mehr, dass die SVP Schwamen-

dingen nicht nur politische Anliegen vertritt, sondern auch das gesellschaftliche Leben im Quartier aktiv pflegt. Der gelungene Abend bot eine ideale Gelegenheit für den persönlichen Austausch zwischen Bevölkerung und Politik und machte einmal mehr deutlich, wie lebendig und vielfältig Schwamendingen ist. Die SVP Schwamendingen bedankt sich herzlich bei Fabian Klöti und Sara Knöpfli für ihre grosse Gastfreundschaft sowie bei allen Helferinnen und Helfern, die diesen gelungenen Anlass ermöglicht haben. Bereits heute freut sich die Kreispartei auf die vierte Durchführung im kommenden Jahr.

Markus Weidmann,
Gemeinderat SVP

SVP BEZIRK HINWIL

SVP Bezirk Hinwil geht mit bewährten Kräften in die Kantonsratswahlen 2027

An ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 3. Juli in Seegräben nominierten die Delegierten der SVP Bezirk Hinwil ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kantonsratswahlen vom 4. April 2027.

Vorerst galt es zur Kenntnis zu nehmen, dass nach dem in diesen Tagen erfolgten vorzeitigen Rücktritt von Kantonsrat Walter Honegger SVP-Bezirksparteipräsident René Schweizer als neuer Kantonsrat nachfolgen wird und eine weitere bisherige Amtsinhaberin nicht mehr zu den Wahlen 2027 antreten wird. Nach 12 Amtsjahren verlässt mit Kantonsrätin Elisabeth Pflugshaupt eine verdiente Oberländer Persönlichkeit die kantonale Politik, die sowohl innerhalb der SVP-Fraktion als auch des ganzen Kantonsrates durch ihre Dossierfestigkeit und Sachkompetenz aufgefallen ist. Somit steht fest, dass die SVP-Kantonsratsdelegation des Bezirks Hinwil eine markante Erneuerung erfahren wird, was neuen Kandidaturen echte Chancen auf eine erfolgreiche Wahl eröffnet.

Nach einer Vorstellungsrunde der Kandidatinnen und Kandidaten stimmten die Delegierten dem Vorschlag der Wahlkommission einstimmig zu und nominierten die elf Vorgeschlagenen für die Liste 1, SVP Bezirk Hinwil. Im Anschluss folgte ein Gastreferat der Ustermer Kantonsrätin Anita Borer, der 1. Vizepräsidentin der SVP des Kantons Zürich.

Liste spiegelt die Vielfalt im Bezirk Hinwil

Angeführt wird die Wahlliste vom bisherigen Kantonsrat und Gemeindeprä-

sidenten von Gossau, Daniel Wäfler. Auf dem zweiten Platz tritt der Unternehmer und SVP-Bezirksparteipräsident René Schweizer an, der ab dem 17. August auch dem Kantonsrat angehören wird und seit 2025 als Gemeindepräsident von Fischenthal amtiert. Auf dem dritten Listenplatz steht Nicole Ward-Brändli aus Hinwil, die eine wichtige Tradition zu verteidigen hat. Als einzige Partei aus dem Bezirk Hinwil ist die SVP seit 1991 und somit seit über 35 Jahren ununterbrochen mit mindestens einer Frau im Kantonsrat vertreten. An vierter Stelle steht der Wetziker Timotheus Bruderer, ehemaliger Gemeinderat und neu gewähltes Mitglied der Schulpflege. Auf dem 5. Platz folgt der ehemalige Wetziker Gemeinderatspräsident Philipp Zopp. Auf den weiteren Listenplätzen: 6. Susanne Gerber (Bäretswil), 7. Raphael di Gallo (Hinwil), 8. Martin Weber (Gossau), 9. Hansueli Stricker (Dürnten), 10. Joel Aemisegger (Wetzikon), 11. Elia Lordan (Hinwil).

Insgesamt bildet die SVP-Liste ein breites Spektrum an Berufen und politischen Erfahrungen ab und die Kandidierenden sind auch geografisch und altersmässig gut verteilt. Der Altersdurchschnitt aller Kandidierenden liegt bei 42 Jahren. Die SVP Bezirk Hinwil ist bereit für die kommenden Kantonsratswahlen und strebt den Ausbau ihrer Vertretung im Zürcher Kantonsrat an.



v.l.n.r.: Timotheus Bruderer, Philipp Zopp, René Schweizer, Daniel Wäfler, Martin Weber, Susanne Gerber, Joel Aemisegger, Elia Lordan, Raphael di Gallo, Hansueli Stricker. Nicht auf dem Bild: Nicole Ward-Brändli.

Bild: zVg

UNDEMOKRATISCHE STRAFTÄTER

SVP Bonstetten verurteilt politischen Vandalismus mit aller Deutlichkeit

Erneut sind Wahlplakate der SVP das Ziel von mutwilliger Beschädigung und Entfernung geworden. Solche Angriffe sind kein Lausbubenstreich und keine Bagatelle, sondern Ausdruck eines bedenklichen Demokratieverständnisses. Dank einer aufmerksamen Person konnten in Bonstetten zwei Täter auf frischer Tat ertappt werden.

Die anschliessende Befragung zeigte deutlich, wie politisch motiviert diese Tat war. Reue oder Einsicht waren nicht erkennbar. Im Gegenteil: Die Täter versuchten ihr Vorgehen damit zu rechtfertigen, die SVP-Plakate seien angeblich menschenverachtend und könnten ohnehin ersetzt werden, weil die SVP über genügend Mittel verfüge. Wer so argumentiert, zeigt offen, dass er nicht bereit ist, andere politische Meinungen im demokratischen Wettbewerb zu akzeptieren.

Bedenkliche Entwicklung

Für die SVP Bonstetten ist klar: In der Schweiz werden politische Differenzen mit Argumenten, an der Urne und im offenen Diskurs ausgetragen – nicht mit Zerstörung, Einschüchterung und

rechtswidrigem Handeln. Wer Wahlplakate beschädigt oder entfernt, greift nicht nur Eigentum an, sondern auch die freie Meinungsäusserung und die demokratischen Spielregeln unseres Landes.

Besonders stossend ist, dass es sich bei den Tätern nicht um Jugendliche handelt, die ihre Grenzen austesten, sondern um erwachsene Personen, die bewusst und gezielt handelten. Der Versuch, eine strafbare Handlung mit politischer Ablehnung zu entschuldigen, macht den Vorfall nicht harmloser, sondern vielmehr gravierender.

Diskutieren statt zerstören

Der Vorstand der SVP Bonstetten hat deshalb Strafanzeige eingereicht. Damit setzt die Partei ein klares Zeichen: Poli-

tischer Vandalismus darf nicht verharmlost oder entschuldigt werden. Wer in einer Demokratie lebt, hat andere Meinungen auszuhalten – auch dann, wenn sie ihm nicht passen.

Die SVP Bonstetten organisiert seit Jahren vor nationalen Abstimmungen Podien, wobei immer Pro- und Kontraseiten eingeladen werden. Dies zeigt, dass wir für eine offene und demokratische Auseinandersetzung sind.

Wir erwarten, dass solche Taten konsequent verfolgt werden. Denn wer politische Gegner nicht mit Worten bekämpft, sondern mit Zerstörung mundtot machen will, stellt sich gegen die Grundwerte eines freiheitlichen Rechtsstaates.

Vorstand der SVP Bonstetten

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER

SVP-Delegierte zeigen sich kritisch gegenüber neuen Hochhauszonen

Die Delegierten der SVP der Stadt Zürich unterstützen die BZO-Teilrevision Hochhäuser in der Version des Gemeinderats. Sie stützen damit die kritische Haltung der Gemeinderatsfraktion gegenüber dem Bau neuer Hochhäuser in weiten Teilen der Stadt Zürich. Für die SVP-Delegierten ist klar: Das ungebremsste Wachstum der Stadt kann nicht ewig weitergehen.

Der knappe Wohnraum ist das dominierende politische Thema schlechthin und eine der grössten Sorgen der Bevölkerung, insbesondere in der Stadt Zürich. Auch die Delegierten der SVP-Stadtpartei beschäftigten sich mit dem umstrittenen Thema, als sie am vergangenen 2. Juli die Parole zur BZO-Teilrevision Hochhäuser fassten, über die am 27. September abgestimmt wird. Die SVP-Parteibasis wandte sich dabei gegen die Vorlage des Stadtrates, die eine Ausdehnung der städtischen Hochhauszonen vorsieht, und unterstützt stattdessen die restriktivere Vorlage des Gemeinderats. «Hochhäuser sind kein geeignetes Mittel zur Verdichtung, sondern führen zur

Zerstörung bewährter Quartierstrukturen, verschärfen die Mietpreisexplosion und heizen darüber hinaus die Massenzuwanderung in unsere Stadt zusätzlich an», kommentiert Gemeinderat Reto Brüesch den Entscheid.

Weiter fassten die Delegierten die NEIN-Parole zur geplanten Erhöhung der Gemeinderatsentschädigung. Nachdem die Stadtbevölkerung eine massive Lohnerhöhung für den Gemeinderat bereits vor etwas mehr als einem Jahr deutlich verworfen hatte, hat der Gemeinderat rasch eine neue Vorlage ausgearbeitet. Gemeinderat Roger Bartholdi kommentiert diese wie folgt: «Einer moderaten Erhöhung im Sinne eines Teuerungsaus-

gleichs hätten wir zugestimmt. Die nun zur Abstimmung gelangende Vorlage schießt aber einmal mehr über das Ziel hinaus: Die beschlossenen Entschädigungen würden in ihrer Höhe unser bewährtes Milizparlament infrage stellen. Ausserdem muss bedacht werden, dass die Entschädigungen im Zürcher Gemeinderat bereits heute höher sind als in vergleichbaren Parlamenten.» Aus all diesen Gründen haben die SVP-Delegierten beschlossen, diesen erneuten Akt der Selbstbedienung abzulehnen. Die Parolenfassungen zeigen: Die SVP hat ihr Ohr stets nah am Puls der Bevölkerung und setzt sich für eine vernünftige und bürgernahe Politik ein.

SVP LAUFEN-UHWIESEN

Martin Hübscher warnt in Uhwiesen vor den sogenannten Bilateralen III

Herrliches Sommerwetter und über 40 Gäste am SVP-Grillabend vom 3. Juli 2026: Bereits beim Apéro mit den beliebten hausgemachten Schinkengipfeli ergaben sich zahlreiche interessante Gespräche unter Mitgliedern, Sympathisanten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Sektionspräsident Andi Widmer hiess die Anwesenden herzlich willkommen und freute sich über den grossen Aufmarsch.

Im Zentrum des Abends stand das Referat des Nationalrats und Zürcher Regierungsratskandidaten Martin Hübscher. Er zeigte auf, weshalb die SVP die «Bilateralen III» als eigentlichen Unterwerfungsvertrag mit der Europäischen Union beurteilt. Mit der vorgesehenen dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz künftig laufend neues EU-Recht übernehmen, ohne dieses mitbestimmen zu können. Gleichzeitig würde der Europäische Gerichtshof (EuGH) bei Streitigkeiten das letzte Wort erhalten. Damit würden fremde Richter zunehmend über schweizerisches Recht urteilen und den Handlungsspielraum unseres Landes einschränken. Martin Hübscher machte deutlich, dass damit die schweizerische Souveränität,

die direkte Demokratie und die bewährte Eigenständigkeit unseres Landes schrittweise ausgehöhlt würden. Die Schweiz verdanke ihren Erfolg ihrer Unabhängigkeit, ihrer Neutralität und ihrer direkten Demokratie. Diese Stärken gelte es, entschlossen zu verteidigen. Als anschauliches Beispiel führte Hübscher die früheren EU-Vorschriften für Bananen an. Die Europäische Union legte detailliert fest, welche Form, Länge und Dicke Bananen aufweisen müssen, um gehandelt werden zu können. Solche Regulierungen zeigten exemplarisch, wie weit die EU in Wirtschaft und Handel eingreife. Mit den «Bilateralen III» drohe auch der Schweiz eine zunehmende Übernahme solcher Vorschriften. Schweizer Unternehmen müssten

sich immer häufiger an Vorgaben aus Brüssel halten, anstatt eigenständig entscheiden zu können.

Zudem warnte Hübscher vor noch mehr Zuwanderung, höheren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der EU sowie zusätzlichen Belastungen für Bevölkerung, Wirtschaft und Steuerzahler. Für die SVP ist klar: Die «Bilateralen III» schwächen die Schweiz und sind deshalb entschieden abzulehnen.

Volksabstimmung mit Ständemehr gefordert

Die SVP fordert, dass über dieses weitreichende Vertragspaket zwingend das Volk und die Stände entscheiden können. Ein derart einschneidender Souveränitätsverzicht darf nur mit dem obligatorischen Referendum beschlossen werden.

Reger Austausch in idyllischer Stimmung vor dem alten Schützenhaus

Neben dem Schwerpunktthema Europa informierte Martin Hübscher über die wichtigsten Geschäfte der laufenden Session in Bundesbern. Beim anschliessenden Grillplausch wurden die politischen Diskussionen in kameradschaftlicher Atmosphäre fortgesetzt. Der gelungene Anlass zeigte einmal mehr das grosse Interesse der Bevölkerung an aktuellen politischen Themen und am direkten Austausch mit den Vertretern der SVP.



Nationalrat und Regierungsratskandidat Martin Hübscher (r.) mit Sektionspräsident Andi Widmer.

Bild: zVg

Andi Widmer, Präsident SVP Laufen-Uhwiesen

SVP OBERWINTERTHUR

Grillplausch der SVP-Sektion Oberwinterthur

Am letzten Sonntag fand bei schönstem Wetter der Grillplausch der SVP-Sektion Oberwinterthur statt.

Nach den Begrüssungsworten des Parteipräsidenten Marco Graf erwähnte unser Gastredner und Regierungsratskandidat Nationalrat Martin Hübscher die Wichtigkeit der kommenden Abstimmungen. Es sei von grosser Bedeutung, dass diese Abstimmungen gewonnen würden, seien sie doch eine Richtschnur für die im nächsten Jahr stattfindenden Regierungs- und Kantonsratswahlen.

Unsere Regierungsrätin Natalie Rickli ergänzte, dass sie sich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit Martin Hübscher freue. Nur gemeinsam könnten die anstehenden Wahlen gewonnen werden. Nach diesen beiden Reden kam dann aber auch das gesellige und kulinarische Beisammensein nicht zu kurz.

Dabei verwöhnte uns Natascha Graf und ihr Team mit einem köstlichen Salatbuffet und verschiedenen, unglaublich guten Grilladen. Und es war tatsächlich ein Gaumenschmaus, der es verdient,

«Natalie Rickli und Martin Hübscher stehen für eine bürgerliche Politik ein.»

dem gesamten Team von Natascha Graf unserem allergrössten Dank auszusprechen. Wer nicht dabei war, hat definitiv etwas verpasst.

René Isler, Kantonsrat SVP



Die beiden SVP-Regierungsratskandidaten: Nationalrat Martin Hübscher und Regierungsrätin Natalie Rickli.

Bild: René Isler

SVP FLAACH

Stellungnahme zur Verhaftung von Einbrechern in Flaach

Die SVP Flaach nimmt mit Besorgnis Kenntnis vom Einbruch in ein Waffengeschäft in Pfungen sowie der anschliessenden gefährlichen Flucht durch mehrere Gemeinden bis nach Flaach.

Dass die Täter auf ihrer Flucht mit massiv überhöhter Geschwindigkeit unterwegs waren, über Felder und Privatgrundstücke fuhren und dabei zahlreiche unbeteiligte Verkehrsteilnehmende sowie Passanten in Gefahr brachten, ist inakzeptabel. Solche kriminellen Handlungen gefährden die Sicherheit unserer Bevölkerung und dürfen nicht toleriert werden.

Die SVP Flaach dankt der Kantonspolizei Zürich und allen beteiligten Einsatzkräften ausdrücklich für ihr pro-

fessionelles, entschlossenes und umsichtiges Vorgehen. Dank ihres schnellen Handelns konnten die drei mutmasslichen Täter (zwei französische Staatsangehörige im Alter von 19 und 24 Jahren sowie ein 21-jähriger Mann aus Guadeloupe) in Flaach verhaftet und eine möglicherweise noch grössere Gefahr für die Bevölkerung verhindert werden.

Dieser Vorfall zeigt einmal mehr, wie wichtig eine gut ausgerüstete und personell starke Polizei sowie eine consequen-

te Strafverfolgung sind. Wer unsere Sicherheit gefährdet und schwere Straftaten begeht, muss mit den vollen Konsequenzen des Rechtsstaates rechnen.

Die Sicherheit der Bevölkerung muss oberste Priorität haben. Die SVP Flaach wird sich auch weiterhin konsequent für eine starke Polizei, wirksame Grenzkontrollen und eine consequente Bekämpfung der Kriminalität einsetzen.

Philipp Peter, Präsident SVP Flaach, und Marcel Weiss, Vorstand SVP Flaach

BLOCHERS KLARTEXT

Verlotterung

Ein vor Kurzem pensionierter Lehrer hat mir geschrieben: Die Schulleistungen nähmen dramatisch ab. So habe eine Fünftklässlerin aus alteingesessener Schweizer Familie auf die Frage, was eine Pflanze zum Leben brauche, geschrieben: «ner stove». Sie meinte «Nährstoffe». Ein siebzehnjähriger Fachmittelschüler hielt fest, «dass die alt bewehrte Kunst des Briefe Schreibens in Vergessenheit gerät». Für diesen Schüler ist es wohl besser, wenn er nicht allzu viele Briefe schreibt...



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Der Chef der Erziehungsdirektoren-Konferenz, Christophe Darbellay, gab in der «Tagesschau» bei «Lesen und Mathematik» den Schülern eine Note von 5 bis 5.3, also ein erfreuliches Ergebnis. Anders der Lehrer: In seinem Kanton erreichten nur 80 Prozent der Viertklässler die «Grundkompetenzen» im Lesen. Das heisst: Allein beim Jahrgang 2014 können 158 von 791 Schülern nicht lesen.

Dieser ehemalige Lehrer fragt mich, ob ich als Industrieller zufrieden wäre mit einer Produktion, bei der ein Vier-

tel unbrauchbar ist. Die Antwort erübrigt sich. Und auch ein Kommentar auf Regierungsrat Darbellays euphorische Aussage. Schuld an dieser Entwicklung sei der «unsäglich Lehrplan 21». Verlotterung, wo man hinschaut!

Auch bei SRF-Meteo gebe es Ärgerliches. Man spreche vom Wetter «do uf de Realp», dabei ist das ein Dorf, nicht eine Alp. Es seien «Frösch, Lurch und Mölch underwägs», dabei gehören Frösche und Molche als Untergruppe zu den Lurchen (Amphibien).

Sogar die economiesuisse habe, so der ehemalige Lehrer, «keine Ahnung von der Schweiz». Direktorin Monika Rühl sagte, man wolle «mit däne Schwiizerfahne zeige: Mir sind d'Schwiiz!» Im Hintergrund prangte eine rechteckige statt eine quadratische Schweizerfahne. Schade, dass selbst unser Wirtschaftsdachverband verlottert.

GROSSER ERFOLG ZUM ABSCHLUSS

Zum letzten Mal den Zug für die Kantonsratssitzung bestiegen

Am vergangenen Montagmorgen bestieg SVP-Kantonsrat Paul Mayer am Bahnhof Marthalen die S-Bahn, um an seiner letzten Kantonsratssitzung teilzunehmen. Davon hatte er in den letzten sieben Jahren keine verpasst.

RoMü. Am 24. März 2019 wurde der Marthaler Paul Mayer auf der Liste der SVP hinter Konrad Langhard (Oberstammheim, 3609 Stimmen) mit 3412 Stimmen in den Kantonsrat gewählt. Er startete seine politische Laufbahn als Gemeinderat in Marthalen und diente der SVP auch als Bezirkspräsident und in weiteren Ämtern auf Stufe Kanton und Bund. Er ersetzte 2019 dabei den nicht mehr angetretenen Guntalinger Martin Zuber. Am 12. Februar 2023 schaffte er auf dem ersten Listenplatz mit 3714 Stimmen glanzvoll die Wiederwahl. An jenem Wahltag musste er aber auch einen Wermutstropfen einstecken. Da Konrad Langhard nach dem Parteiwchsel zur Mitte auf deren Liste antrat, sorgte der «Pukelsheim» dafür, dass die Mitte im Weinland den zweiten Sitz der SVP beanspruchte. Dies hatte zur Folge, dass die zweitplatzierte Andrina Trachsel (Feuerthalen) mit 2978 Stimmen nur erster Ersatz wurde und der Marthaler Gemeindepräsident Matthias Stutz mit 2870 Stimmen auf dem dritten Listenplatz landete.

Schon seit Längerem reifte bei Paul Mayer der Entschluss – auch mit Blick auf seinen eigenen Gewerbebetrieb – politisch etwas zurückzustecken. Entsprechend reichte er auf Ende Juli seinen Rücktritt aus dem Kantonsrat ein. Eigentlich hätte ihn Andrina Trachsel beerben können. Doch sie zog in der Zwischenzeit mit ihrer Familie nach Löhningen, wo sie auch in den Gemeinderat gewählt wurde. Somit folgt auf Paul Mayer mit Matthias Stutz wiederum ein Marthaler in den Zürcher Kantonsrat. Am vergangenen Montagmorgen bestieg Paul Mayer für die Teilnahme an der letzten (Doppel-)Sitzung des Kantonsrates den Zug in Marthalen. Rückblickend hat er während der siebenjährigen Jahre keine einzige Ratssitzung verpasst. Zugleich setzte er sich in den verschiedenen Kommissionen engagiert auch für die Anliegen des Weinlandes ein. Zuerst als Sektionspräsident in Marthalen und später als Bezirkspräsident setzte er sich für die Werte der Partei ein. Unter seiner Führung fanden unzählige Anlässe aller Art

statt. Auch nach seinem Rücktritt als Bezirkspräsident trat er wohl etwas kürzer. Doch mit der Übernahme des OK-Präsidiums für das im September in Marthalen anstehende SVP-Schiessen nimmt er bis heute eine grosse politische Verantwortung wahr.

Stimmbürger machten Paul Mayer das schönste Abschiedsgeschenk

Am 29. Februar 2024 reichten die beiden SVP-Kantonsräte Paul Mayer und Stefan Schmid (Niederglatt) die fast im Alleingang mit 6670 Unterschriften zustande gekommene kantonale Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock» ein. Jetzt, kurz vor seinem Amtsende, machten die Zürcher Stimmbürger am vergangenen 14. Juni dem scheidenden Kantonsrat trotz grossem Widerstand der Mitte- und Linksparteien ein tolles Abschiedsgeschenk. So sagten 274 136 Zürcher Stimmbürger bzw. 53,2% Ja zur Initiative. Damit können höhere Abzüge bei der Steuererklärung für Krankenkassenprämien geltend gemacht werden, was vor allem den Mittelstand entlasten wird. Für eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 100 000 Franken heisst dies, dass sie 156 Franken einsparen können.



Am vergangenen Montagmorgen reiste Paul Mayer mit der S-Bahn an seine letzte Kantonsratssitzung.

Bild: RoMü

Fadegrad



von
Manuel Zanoni

Bedrohte Ackerflächen

Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz beträgt gemäss dem aktuellen Agrarbericht mittlerweile erschreckende 42 Prozent – rund 14 Prozentpunkte weniger als noch vor 15 Jahren! Während der Selbstversorgungsgrad bei tierischen Produkten aufgrund des vielen Weidelandes traditionell hoch ist, liegt er bei pflanzlichen Produkten deutlich tiefer. Verantwortlich für den starken Rückgang sind hauptsächlich das starke Bevölkerungswachstum infolge Zuwanderung sowie der Kulturlandverlust durch Bauprojekte oder Renaturierungen. Diese Faktoren bedrohen vor allem unsere im Mittelland liegenden Ackerflächen. Die im September zur Abstimmung kommende Ernährungsinitiative will den Selbstversorgungsgrad auf unrealistische 70 Prozent erhöhen und dafür den Anbau von Futtermitteln faktisch verbieten. Es sei effizienter, wenn wir die pflanzliche Nahrung selbst essen, anstatt sie an Tiere zu verfüttern. Bei uns in Winterthur stimmen wir gleichzeitig darüber ab, ob bestes Ackerland in Wald umgewandelt werden soll, anstatt weniger wichtige Landwirtschaftsflächen aufzuforsten. Auch hier hört man oft das Argument, dass dies unproblematisch sei, da auf diesen Flächen sowieso nur Futtermittel produziert würden. Dabei geht hüben wie drüben vergessen, dass das Anpflanzen von Futtermitteln ökologisch sinnvoll ist. Die «Dreifelderwirtschaft» ist den meisten aus dem Schulunterricht noch geläufig. Der wertvolle Wechsel ist das Anpflanzen von «Kunstwiesen». Gerade Klee entlastet die Böden und bindet wichtigen Stickstoff im Boden. Gras und Klee müssen hingegen zwingend von Nutztieren verwertet werden. Kulturen wie Kartoffeln oder Getreide fordern die Böden stark, weshalb das zwischenzeitliche Anpflanzen anspruchsloser, vor allem als Futtermittel genutzter Kulturen sinnvoll ist. Nachhaltiger Ackerbau braucht die Tierhaltung auch wegen des Düngers. Die einseitige Ausrichtung auf pflanzliche Nahrung stört dieses ökologische Gleichgewicht also empfindlich! Sie kann sogar schwere Ernteeinbussen zur Folge haben. Es ist erschreckend, wie leichtfertig in der Schweiz und besonders in Winterthur mit Ackerflächen umgegangen wird. Neben der bereits erwähnten Aufforstung betrifft dies in Winterthur auch Renaturierungen wie am Mattenbach, «Stadtrandparks» oder ein von der EVP geforderter Stadtpark auf wertvollen Ackerflächen im Grüzefeld. Immer sind es die Ackerflächen, die als Ausgleich erhalten müssen! Denn was wir in der Schweiz an Ackerfläche abbauen, muss schlimmstenfalls durch intensiven Anbau in Spanien oder Marokko kompensiert werden. Diese Lebensmittel werden dann in die Schweiz gekarrt, was auch nicht besonders ökologisch ist. Zudem reduzieren wir unseren Selbstversorgungsgrad weiter. Tragen wir unseren Ackerflächen mehr Sorge!

Soziale Marktwirtschaft als Chance für den Imbiss Riviera am Bellevue

Die bürgerlichen Parteien in der Stadt Zürich haben sich am Mittwoch, 8. Juli 2026, positiv für das Postulat (2026/305) von Attila Kipfer (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) zur Rettung des Imbisses Riviera in Zürich am Bellevue ausgesprochen und dieses dem Stadtrat zugewiesen. Die soziale Marktwirtschaft könnte nun dabei helfen, jenes Anliegen umzusetzen. Aber was bedeutet soziale Marktwirtschaft, wie unterscheidet sie sich von der freien Marktwirtschaft und wie könnte sie dabei helfen, den Imbiss Riviera zu erhalten?



Attila Kipfer
Gemeinderat SVP
Zürich

Am 1. September 1982 erhielt Gaetano Prati die polizeiliche Bewilligung für einen Kiosk. Dieser Betrieb verkauft nun seit über 40 Jahren warme Speisen, Getränke und Glacés. Die Stadt Zürich hat dem Imbiss Riviera die Bewilligung entzogen. Der Stadtrat argumentiert damit, dass sich in der Zwischenzeit die gesetzlichen Rahmenbedingungen geändert hätten und dass diese Baute nicht mehr bewilligungsfähig wäre. Dies aufgrund mangelnder Massnahmen zum Arbeitnehmerschutz (Arbeitsplatz zu kalt im Winter, keine Garderobe, zu eng). Gleichzeitig möchte er aber fliegende Händler an diesem

Standort erlauben, welche diese Kriterien allesamt auch nicht erfüllen würden. Der Betreiber wurde von der Stadt Zürich unter Druck gesetzt, er musste eine Vereinbarung unterschreiben, diese Lokation zu verlassen, andernfalls hätte die Stadt Zürich den Entzug der Bewilligung per sofort (Ende Dezember 2025) verfügt. Nun argumentiert der Stadtrat, dass der Betreiber eben jenes Dokument unterzeichnet habe. Ohne weiteres Zutun müsste nun der Imbiss Riviera per Ende September 2026 schliessen und seine rund 10 Mitarbeiter entlassen. Der linksdominierte Zürcher Stadtrat zeigte sich bis anhin uneinsichtig. Es werden laufend Ausnahmen gemacht bei Menschen, die unser Land verlassen müssten, nur nicht bei unseren eigenen Leuten, die erfolgreich wirtschaften, sich etwas aufgebaut haben und unserer Gesellschaft einen Mehrwert bringen. Der Stadtrat könnte den Be-

trieb retten, die soziale Marktwirtschaft macht es möglich. **Begriffsdefinition soziale Marktwirtschaft** Die soziale Marktwirtschaft baut auf der freien Marktwirtschaft auf. Es geht also um ein Wirtschaftsmodell, bei welchem sich der Markt durch Angebot und Nachfrage regelt. Angebot und Nachfrage bestimmen, welche Waren und Dienstleistungen zu welchem Preis angeboten werden. Die Marktteilnehmer konkurrenzieren sich gegenseitig hinsichtlich begrenzter Ressourcen und Technologien. Die Preise pendeln sich so automatisch ein je nach der Begebenheit sowie der Seltenheit der Güter als auch noch durch weitere Faktoren. Die soziale Marktwirtschaft nimmt die Komponenten der freien Marktwirtschaft und ergänzt diese noch mit ein paar staatlichen Regulierungen, um so für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und

die «Kleinen» zu beschützen. Insofern kann die Regierung eingreifen, gerade wenn Existenzen bedroht sind und unfaire Bedingungen herrschen. **Ausblick** Es wurden bereits mehrere Vorstösse eingereicht, um diesen Betrieb zu retten. Jener, der vor Kurzem überwiesen wurde, ist der letzte Versuch dafür. Er soll ihn retten oder ihm zumindest mehr Zeit geben, bis eine neue Weisung vorliegt, welche die Situation zugunsten des Betreibers verbessern könnte. In der Debatte wurde auf die Dringlichkeit des Vorstosses hingewiesen und dies nicht nur von uns. Der Stadtrat Daniel Leupi (Grüne) hat nun zwei Jahre Zeit, einen Bericht zu verfassen, wie er dieses Problem lösen könnte. Ob er bis zum September 2026 etwas machen wird oder einfach die Zeit verstreichen lässt und den Imbiss Riviera seinem Schicksal überlassen wird, bleibt abzuwarten. Der Stadtrat könnte, wie in der sozialen Marktwirtschaft möglich, eine Ausnahme machen. Wir von der SVP Stadt Zürich kämpfen mit allen Mitteln weiter, einen Búezer und seine Mitarbeiter zu retten. SVP: für eusi Lüt. Fürd Schwiz, für Züri!

VOLKSINITIATIVE EINGEREICHT

Wiedereinführung der Entsorgungscoupons kommt an die Urne

Die SVP der Stadt Zürich hat bei der Stadtverwaltung 3618 Unterschriften für ihre Volksinitiative «Ja zur Wiedereinführung der Entsorgungscoupons» eingereicht. Somit können Zürcherinnen und Zürcher bald über die Wiedereinführung der beliebten Coupons abstimmen. Die Unterschriftensammlung hat gezeigt: Die Bevölkerung ist unzufrieden darüber, wie Stadträtin Simone Brander sie selbst bei einer alltäglichen Tätigkeit wie dem Entsorgen von Abfall ideologisch umerziehen will.

Mit den «Entsorgungscoupons» des ERZ (Entsorgung + Recycling Zürich) konnte jeder Zürcher Haushalt unkompliziert Sperrgut und grosse Mengen an Abfall kostenlos entsorgen: Mit einer Autofahrt in die Kehrrichtverwertungsanlage Hagenholz konnte zu Hause einfach Platz und Ordnung geschaffen werden. Im April 2025 war damit Schluss. Anstelle der Entsorgungscoupons kommen an bestimmten Terminen mobile Recyclinghöfe ins Quartier – eine schöne Beschäftigung für die Mitarbeiter des ERZ – jedoch untauglich für die werktätige Bevölkerung. Denn wer kann im Betrieb einen Nachmittag frei nehmen, um seinen Abfall zu entsorgen? Dazu kommt, dass die Anlieferung mit dem Auto verboten ist. Dass die autofeindli-

che Umerziehung von Stadträtin Simone Brander ins Leere läuft, zeigt ein Blick in die Quartiere: Alte Matratzen, Kleinnmöbel, Babyutensilien etc. sind vermehrt auf den Zürcher Strassen und Trottoirs zu finden. Klar ersichtlich ist die ideologische Stossrichtung des Stadtrats: Das Entsorgen wird erschwert, mit den Tauschmärkten bei den Entsorgungspunkten mischt sich die Stadt in ein privates Geschäftsmodell ein – in dasjenige der Brokenhäuser – und auch beim Abfallentsorgen wird dem Zürcher das Autofahren untersagt. Mit unserer Initiative wird der Bevölkerung das Leben erleichtert und die Quartiere werden wieder sauber und sicher gemacht. Die SVP der Stadt Zürich freut sich auf die Volksabstimmung.



Die über 3600 eingereichten Unterschriften sind ein klares Zeichen für die Wiedereinführung der Entsorgungscoupons.

Bild: zVg

AUS DEM OPFIKER GEMEINDERAT

Mehr als eine Parkplatzfrage

Mit der Ablehnung der neuen Parkplatzverordnung für die Airport City hat die Bevölkerung von Opfikon ein klares Zeichen gesetzt. Das Behördenreferendum der SVP und weiterer bürgerlicher Kräfte ermöglichte es den Stimmberechtigten, über eine Vorlage zu entscheiden, die weit über die Frage der Anzahl Parkplätze hinausging. Das Resultat zeigt: Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine Stadtentwicklung, die auf Augenmass statt auf zusätzliche Regulierungen setzt.



Kevin Husi-Fiechter
Fraktionspräsident SVP
Opfikon

Die Diskussion wurde während des Abstimmungskampfes oft auf das Thema Parkplätze reduziert. Tatsächlich enthielt die Vorlage jedoch weitreichende Bestimmungen. Für Neubauten und grössere Umbauten in der Airport City wären unter anderem tiefere Obergrenzen für Parkplätze, verpflichtende Mobilitätskonzepte, Fahrtenmodelle sowie eine umfassende Bewirtschaftung sämtlicher Parkplätze eingeführt worden. Zudem hätten bei Nichterreichen der vorgegebenen Mobilitätsziele weitere Massnahmen bis hin zum Rückbau von Parkplätzen verlangt werden können. Diese Instrumente wären nicht nur für

Bauherren und Grundeigentümer von Bedeutung gewesen, sondern hätten langfristig Einfluss auf die Entwicklung eines der wichtigsten Wirtschaftsstandorte unserer Stadt genommen. **Eigentum und Wirtschaft verdienen Vertrauen** Die Airport City ist ein bedeutender Arbeits- und Wirtschaftsstandort. Tausende Menschen pendeln täglich nach Opfikon, viele davon im Schichtbetrieb, im Gewerbe oder in Berufen, in denen das Auto unverzichtbar ist. Ebenso sind zahlreiche Unternehmen auf eine gute Erreichbarkeit für Mitarbeitende, Kunden und Lieferanten angewiesen. Diese Realität lässt sich nicht allein mit Verweis auf die gute Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr verändern. Genau deshalb hat die SVP die Vorlage kritisch beurteilt. Die Verordnung hätte zusätzliche Vorschriften geschaf-

fen und den Handlungsspielraum von Grundeigentümern und Unternehmen eingeschränkt. Wer bauen oder investieren möchte, soll dies innerhalb klarer Rahmenbedingungen tun können. Werden jedoch immer neue Auflagen geschaffen, steigt der Planungsaufwand und die unternehmerische Freiheit nimmt schrittweise ab. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik basiert auf Vertrauen in Unternehmen und Eigentümer, nicht auf immer detaillierteren Vorgaben darüber, wie Mobilität organisiert werden soll. Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Die Parkplatzverordnung galt zwar ausschliesslich für die Airport City, hätte jedoch durchaus Vorbildcharakter für künftige Revisionen anderer Planungsinstrumente entwickeln können. Gerade deshalb war es richtig, diese Grundsatzfrage nicht allein im Gemeinderat zu entscheiden, sondern der Bevölkerung vorzulegen.

Stadtentwicklung mit Augenmass Der Volksentscheid ist kein Nein zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Auch die SVP steht zu einer modernen und zukunftsorientierten Entwicklung unserer Stadt. Ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr, sichere Fuss- und Velowege sowie ein funktionierendes Strassennetz gehören gleichermaßen dazu. Nachhaltigkeit bedeutet jedoch nicht, einzelne Verkehrsmittel gezielt zu benachteiligen oder den motorisierten Individualverkehr mit immer neuen Einschränkungen zurückzudrängen. Die Abstimmung hat gezeigt, dass viele Einwohnerinnen und Einwohner eine ausgewogene Politik erwarten. Sie wollen Lösungen, welche die Bedürfnisse von Bevölkerung, Gewerbe und Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigen. Eigentumsrechte, unternehmerische Freiheit und eine gute Erreichbarkeit sind keine Gegensätze zu einer nachhaltigen Entwicklung, sie sind vielmehr wichtige Voraussetzungen für einen starken Wirtschaftsstandort und eine lebenswerte Stadt. Dieses Signal hat die Bevölkerung mit ihrem Entscheid deutlich ausgesendet.

FAHNENWETTBEWERB NACHHALTIGKEITS-INITIATIVE

Und der Gewinner heisst: SVP Uster

Im Rahmen der leider knapp verlorenen Abstimmungskampagne hatten wir dazu aufgerufen, so viele Fahnen wie möglich in den jeweiligen Sektionen auszuhängen.

Zahlreiche Sektionen haben diesen Aufruf sehr ernst genommen und mit viel Engagement viele, ja sehr viele Fahnen aufgehängt. Ich möchte allen ganz herzlich für diesen Einsatz danken. Auch wenn es am 14. Juni nicht ganz gereicht hat, zeigte euer Einsatz, dass wir viele sehr engagierte Sektionen in unserer Partei haben.

Die SVP Uster hat diesen Wettbewerb gewonnen und darf nun mit vier Personen ins «Haus der Freiheit» bei Toni Brunner und Esther Friedli inkl. Nachtessen und Übernachtung. Herzliche Gratulation an die SVP Uster und schon jetzt einen tollen Aufenthalt im Toggenburg.



Daniel Schnyder, SVP-Sektionspräsident Uster, mit dem symbolischen Gutschein als Wettbewerbsgewinner, überreicht von Parteisekretär Marco Calzimiglia.

Bild: zVg

SVP ZÜRICH KREIS 11

Jahresausflug der Kreispartei 11

Am Samstag, 20. Juni 2026, durften wir von der SVP Zürich Kreis 11 an unserem Jahresausflug eine spezielle Führung beim Grundwasserwerk Hardhof in Zürich geniessen. An diesem Tag herrschten rekordhohe Temperaturen. An Wasser fehlte es uns während der nächsten zwei Stunden nicht.

Wir wurden von Frau Riccarda Engi, Leiterin Information und Kommunikation, empfangen. Sie führte uns auch durch das Grundwasserwerk. Unterstützt wurde sie dabei von Herrn Flavio Ryffel, Projektleiter Elektro. Nach einer rund halbstündigen theoretischen Einführung in das Thema Trinkwasserbereitstellung starteten wir mit der Führung auf dem Grundwasserwerk Hardhof.

Zahlen und Fakten

Die durchschnittliche Wassermenge, die pro Kopf und Tag verbraucht wird, beträgt 160 Liter. Die 160 Liter entsprechen in etwa einer normalen Badewanne. Die städtische Wasserversorgung stellt täglich Trinkwasser für über eine Million Menschen bereit. Davon entfallen rund 450 000 Menschen auf die Stadt Zürich und über 571 000 Menschen auf das übrige Versorgungsgebiet mit seinen 67 Gemeinden. Das ganze Versorgungsgebiet ist rund 660 Quadratkilometer gross. Im Schnitt wird täglich 144 000 Kubikmeter Wasser bereitgestellt. Dies erfolgt meistens in der Nacht. Zu Spitzenzeiten sind es 222 000 Kubikmeter. Das entspricht dem Inhalt des Prime Tower. Ein Kubikmeter entspricht 1000 Litern.

Das «Züri-Trinkwasser» besteht aus 70 Prozent Seewasser, 15 Prozent Quellwasser und 15 Prozent Grundwasser. Gefasst wird das Seewasser in den beiden Seewasserwerken Lengg (Tiefenbrunnen) und Moos (Wollishofen) in einer Tiefe von 30 Metern. Die grossen Reservoirs wie das Quellwasserwerk Sihlbrugg, die beiden genannten Seewasserwerke und das Grundwasserwerk Hardhof sind mit einer grossen Ringleitung untereinander verbunden. Da das «Züri-Wasser» sehr weich ist, muss es nicht noch zusätzlich für unsere Kaffeemaschinen entkalkt werden. Beim Waschen kann auch weniger Waschpulver verwendet werden. In der Stadt gibt es rund 800 Brunnen am regulären Trinkwassernetz. Daneben gibt es ein separates Quellwassernetz für 400 Quellwasserbrunnen sowie eine Notwasserversorgung. Im Grundwasserwerk Hardhof kontrollieren auch Kleinkrebse (Daphnien) die Qualität des Wassers. Am Schluss der sehr interessanten und abwechslungsreichen Führung offerierte die Kreispartei noch einen kleinen Apéro im kühlen Foyer des Dienstgebäudes.

Peter Schick,
Kantonsrat SVP



Die Gruppe vor einem Trinkwasser-Transportrohr (Ringleitung) Durchmesser 2.20 Meter.

Bild: zVg

SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Zürcher und Weinländer Landwirtschaft ist gefordert

Am Polit-Diner in Andelfingen zeigten Bauernbezirkspräsident Andreas Buri und Bauernverbandsdirektor (ZBV) Ferdi Hodel die vielen Baustellen in der Zürcher wie auch der Weinländer Landwirtschaft auf.

RoMü. Das jüngste SVP-Polit-Diner in Andelfingen stand ganz im Zeichen der Landwirtschaft. Einleitend erinnerte SVP-Bezirksparteipräsident Stefan Stutz daran, dass es bezüglich des Selbstversorgungsgrads unterschiedliche Zahlen gibt. Mit dem ZBV-Direktor Ferdi Hodel und dem Präsidenten des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Andreas Buri gaben zwei landwirtschaftliche Schwergewichte einen Einblick in die Lage der Zürcher und der Weinländer Bauern. Bereits einleitend zu den Referaten verwies Stutz auf einige Unklarheiten, wenn es um die Berechnung des Selbstversorgungsgrads geht. Hodel startete sein Referat mit einigen Zahlen über die Zürcher Landwirtschaft. Es sind aktuell rund 2800 Bauernhöfe im Kanton Zürich erfasst, wovon 2450 Direktzahlungen erhalten. Pro Jahr nimmt die Zahl im Kanton Zürich um zwei bis drei Prozent ab. «44 Prozent aller Betriebe müssen in den nächsten zehn Jahren an die nächste Generation übergeben werden. Es ist eine grosse Herausforderung, Betriebsleiter zu finden», führte Hodel aus. Er zeigte sich hier entsprechend erfreut, dass immer mehr Frauen beruflich in die Landwirtschaft einsteigen und als Nachfolgerinnen übernehmen. Zugleich kam er auf die anstehende Ernährungsinitiative zu sprechen, über welche Ende September an der Urne befunden wird. Diese fordert einen Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent in der Schweiz, indem die pflanzliche Ernährung zu Lasten der tierischen Produkte gestärkt werden muss. Hodel sprach von schönen Worten, die sich aber im Grasland nicht umsetzen lassen. «Viel Land ist in der Schweiz nicht ackerfähig. Nur Wiederkäuer können Gras zu Fleisch und Milchprodukten veredeln», rief er in Erinnerung. Er warnte entsprechend vor einer massiven Einschränkung, die auch zusätzlich den Einkaufstourismus ankurbelt. Zugleich zeigte er auf, dass der Zürcher Bauernverband auch eine umfassende Umweltberatung für Kommunen anbietet, wenn es um Gewässerräume und ihre Nutzung oder um Naturschutz geht. Aktuell beschäftigt sich der ZBV intensiv mit den Revi-



Andreas Buri (l.) und Ferdi Hodel (r.) sorgen unter der Gesprächs- und Diskussionsleitung von Stefan Stutz für einen sehr informativen Abend über aktuelle Anliegen der Weinländer Landwirtschaft.

Bild: RoMü

talisierungsmassnahmen bei Fließgewässern. «Es sind Abschnitte bei 75 kommunalen und 38 kantonalen Gewässern definiert. Bei 41 Abschnitten ist eine Ausdolung vorgesehen», hielt Hodel fest. Allein im Weinland sind es sechs Bäche, die im Visier der Planer stehen.

Fruchtfolgeflächen sichern unumgänglich

«Fruchtfolgeflächen (FFF) sind unser bestes Ackerland. Sie sind durch einen Sachplan geschützt und müssen zum Schutz der Ernährungssicherheit erhalten bleiben», führte Andreas Buri aus. Er zeigte auf, dass auch im Weinland FFF laufend durch Umnutzungen verbraucht werden. Als jüngste Beispiele nannte er die vom Kanton geplante Abhumisierung auf dem «Fleudenbüel» in Marthalen, die Vernässungen im Oerlinger Ried oder den ökologischen Ersatz für Infrastrukturprojekte wie die A4, wo beachtliche Kulturland- und somit Fruchtfolgeflächen für fragwürdige Ökoprojekte geopfert werden.

Gerade mit Blick auf den Kanton Zürich sprach Buri von einer sehr brisanten Situation. «Einst war der Kanton Zürich mustergültig unterwegs und war bei der Kartierung der FFF mit einer eigenen Methode Pionier», hielt Buri fest. Doch dies ist jetzt ein grosser Nachteil, weil der Bund auf eine eigene Methodik setzt, die von derjenigen des Kan-

tons Zürichs abweicht. Hier haken nun die Zürcher Bauern ein und fordern beim Umgang mit den FFF vom Kanton einen radikalen Kurswechsel. «Dem Schutz muss höchste Priorität zukommen und FFF dürfen nicht mehr für Umweltschutzprojekte oder Bauprojekte mit geringerem Nutzen verbraucht werden», machte Buri deutlich. Zudem dürfen Kompensationen aus der Sicht der Zürcher Bauern nicht mehr eine Ausrede des Kantons sein. In den Forderungen ist auch enthalten, dass bei Bauvorhaben im Kanton Zürich abgetragener Boden im Kanton verbleiben muss. Basierend auf dieser Forderung soll auch ein Aktionsplan für die Schaffung neuer FFF lanciert werden. Sorgen machen ihm nach der Abstimmung über die Nachhaltigkeits-Initiative die im Raum stehende Forderung, neues Land einzuzonen, um mehr Wohnraum und Infrastrukturen zu bauen.

Zugleich liegen Buri aber auch die vermehrt eingeführten Tempo-30-Zonen auf dem Magen. Insbesondere sprach er von gefährlichen Situationen, wenn mit baulichen Massnahmen Verkehrshindernisse installiert werden, welche für landwirtschaftliche Fahrzeuge jedoch oftmals zu einem gefährlichen Hindernis werden. Hier ersuchte er die Gemeindevertreter, frühzeitig auch das Gespräch mit der örtlichen Landwirtschaft zu suchen, um unnötige Schikanen möglichst zu vermeiden.

SVP ZÜRICH KREIS 9

Generalversammlung im Hotel Stoller am Albisriederplatz

Bevor Präsident und Kantonsrat Lorenz Habicher kurz und prägnant durch die Generalversammlung führte, traf man sich auf der zweiten Hotelterrasse im Innenhof zum obligaten Apéro. Dieser wurde von Alt Kantonsrat Hans-Peter Amrein, obwohl an der Teilnahme selbst verhindert, grosszügig gesponsert.

Bei Sommerhitze und starker Konkurrenz durch die Fussball-WM 2026 verzichtete man für einmal auf einen Gastreferenten an dieser Versammlung. Die Einladung mit Traktandenliste und Jahresbericht 2025 des Präsidenten wurde erstmals nur per E-Mail versendet.

Unsere politische Rolle im Quartier

Die SVP Zürich Kreis 9 nimmt eine tragende und prägende politische Rolle im Westen der Stadt Zürich ein. Mit Einwendungen und Einsprachen gegen die ausufernde Verkehrspolitik sowie Stellungnahmen zu städtischen Bauvorhaben und Standaktionen zu den Abstimmungen zeigen wir Präsenz. Und mit der Quartiersvereinspräsidentin Esther Leibundgut sowie unseren drei Mitgliedern im Zürcher Gemeinderat führt kein rotgrüner Schleichweg an der SVP Zürich Kreis 9 vorbei.

Sprühende Frische im Vorstand

Die junge Francesca Palermo erläuterte erstmals die Jahresrechnung der SVP-Kreispartei. Sie konnte kurz und bündig, aber sehr charmant einen positiven Jahresabschluss 2025 verkünden.

Die jugendlich sprühende Frische war wohltuend im Kreis der eher älteren Semester, zu denen auch Ehrenpräsident und Alt Gemeinderat Emil Grabherr und unser Mitglied der Schulbehörde Herbert Utzinger gehören. Die Zukunft der SVP Zürich Kreis 9 scheint also vorerst gesichert, auch wenn Paulo Guimaraes nach seinem Wohnortwechsel aus dem Vorstand verabschiedet wurde.

Offeriertes Essen im Hotel Stoller

Es gehört bereits zur nicht selbstverständlichen Tradition, dass der Hausherr, Alt SVP-Gemeinde- und Kantonsrat Werner Stoller, die Versammlungsmitglieder auf Kosten des Hauses zum Imbiss einlädt. Eine Geste, die nicht nur die Vereinskasse der Kreispartei schont, sondern auch anregend auf die politische Diskussion wirkt. Wer das noble Haus am Albisriederplatz noch nicht kennt, ist aufgerufen, bei der nächsten Schönwetterperiode in den gemütlichen Stühlen auf der vorderen Terrasse den legendären «Frauentraum» oder «Gletscherkuss» (Glacévariationen des Hauses) zu geniessen und zu beobachten, welche tollen Automarken trotz

städtischer Verhinderungs- und Verbotspolitik stadteinwärts Richtung City und Seebecken kutschiert werden.

Lorenz Habicher,
Kantonsrat und
Präsident SVP Zürich Kreis 9



Die SVP Zürich Kreis 9 nimmt eine tragende und prägende politische Rolle im Westen der Stadt Zürich ein. Bild: LH

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.





Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.



SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil/Dürnten
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bubikonerstrasse 43A, Dürnten.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Bezirk Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 30. August 2026, 10.00 Uhr, Fröschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Sonntag, 25. Oktober 2026, 10.00 Uhr, Fröschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Bezirk Meilen/Meilen
Freitag, 4. September 2026, 14.00 – 20.30 Uhr, SVP-Stand am Meilemer Herbstmärt, Kirchgasse, Meilen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 22. Juli 2026, 17.45 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treffpunkt Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6, Zürich, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Anmeldung unter sekretariat@svp-zuerich.ch oder 044 217 77 66.

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschiesen am Samstag, 12. September 2026, Schiessplatz Steinacker, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-schiessen.ch.

Mittwoch, 30. September 2026, 10.00 Uhr, Anlass für die ehemaligen SVP-Räte, Besuch und Führung in der Win4/AXA-Arena, Grüzefeldstrasse 36, Winterthur. Einladung folgt.

Freitag, 13. November 2026, 18.00 – 22.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Allmendstrasse 5, Regensdorf, mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Festwirtschaft.

SVP USTER NACHMITTAGSHÖCK

Politik bei Kaffee und Gespräch - direkt, ehrlich, bürgernah.



Dienstag, 14. Juli 2026
SVP für eusi Lüüt! Im Mittelpunkt steht eine offene Diskussion über das Miteinander im Strassenverkehr. Wie gelingt ein respektvolles Nebeneinander von Velofahrern, E-Trottis, Fussgängern und weiteren Verkehrsteilnehmern?



Dienstag, 11. August 2026
Zu Gast Rico Vontobel, SVP-Bezirkspräsident und Lehrer. Aus seiner täglichen Praxis berichtet er über aktuelle Entwicklungen an unseren Schulen, den Lehrplan sowie die Herausforderungen im Bildungswesen. Ein spannender Einblick in die Schule von heute und die Bildungspolitik von morgen.



Ort: Restaurant Stella del Centro (in Uschter 77) in Uster
Zeit: Treffpunkt jeweils von 14.30 bis 17.00 Uhr
Warum: Weil uns Ihre Meinung interessiert
Eingeladen sind alle – ob spontan Interessierte, Sympathisanten oder langjährige SVP-Mitglieder.



Schweiz stärken. SVP-Mitglied werden!**Termine SVP Uster**

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.



«JA zur Schweizer Neutralität!»

Einladung zur Bundesfeier mit Alt Bundesrat Christoph Blocher
Freitag, 31. Juli 2026, 14.00 Uhr
Tellspiel-Areal Matten bei Interlaken



Anmeldung erwünscht
Weitere Informationen
www.proschweiz.ch

Es wirken mit: alt Bundesrat Christoph Blocher, Präsident Pro Schweiz
Stephan Rietiker, Grossrätin Stephanie Gartenmann, a. Ständerat/Nationalrat Adrian Amstutz, a. Nationalrat Walter Wobmann, Tellspiele Interlaken, Historische Fahnengruppe Interlaken, Aarauer Turmbläser, Berner Dragoner.

Es wird ein Imbiss offeriert.

Anreise mit ÖV: Bis Bahnhof Interlaken-Ost, Gratis-Bus zum Festgelände. Mit dem Auto: «P Expo» folgen, Gratis-Parkplätze beim JunfrauPark, Gratis-Bus zum Festgelände. **Achtung:** Kein Parkplatz beim Festgelände in Matten.

Eintritt frei.

Kontaktnummer: Tel. 031 356 27 27
info@proschweiz.ch



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

BUNDESFEIERN MIT SVP-REDNERINNEN UND -REDNERN

Bezirk Affoltern/Mettmenstetten
Samstag, 1. August 2026, 19.00 Uhr, Bundesfeier, Festplatz Paradies, Mettmenstetten, mit Kantonsratspräsidentin Romaine Rogenmoser.

Bezirk Hinwil/Rüti
Samstag, 1. August 2026, 20.30 Uhr, Bundesfeier, Schulhausplatz Fägswil, Goldbachstrasse 9, Rüti, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Affoltern/Ottenbach
Samstag, 1. August 2026, 14.30 Uhr, Bundesfeier, Pontonierhaus an der Reuss, Muristrasse, Ottenbach, mit Regierungsrätin Natalie Rickli.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Samstag, 1. August 2026, 21.00 Uhr, Bundesfeier, bei der Badi, Schachenstrasse 6, Oetwil am See, mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Andelfingen/Flaach
Samstag, 1. August 2026, 20.00 Uhr, Bundesfeier, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach, mit Nationalrat Martin Haab.

Bezirk Pfäffikon/Lindau
Samstag, 1. August 2026, 20.00 Uhr, Bundesfeier, Strickhof, Eschikon 21, Lindau, mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Andelfingen/Volken
Samstag, 1. August 2026, 11.45 Uhr, Bundesfeier, Schulhaus Ankacker, Ankackerstrasse 2, Volken, mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon
Samstag, 1. August 2026, 18.00 Uhr, Bundesfeier, Schützenhaus, Schützenhausweg, Dänikon, mit Roberto Martullo.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Samstag, 1. August 2026, 13.00 Uhr, Bundesfeier, Seestrasse, Pfäffikon, mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Samstag, 1. August 2026, 20.00 Uhr, Bundesfeier, auf dem Eschenberg, Niederglatt, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Bezirk Uster/Greifensee
Samstag, 1. August 2026, 11.30 Uhr, Bundesfeier, Garnhänki, Greifensee, mit Regierungsrätin Natalie Rickli.

Bezirk Dielsdorf/Schöfflisdorf
Samstag, 1. August 2026, 19.30 Uhr, Bundesfeier, Schulhaus Rietli, Bergstrasse 2, Schöfflisdorf, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Winterthur/Pfungen
Freitag, 31. Juli 2026, 20.00 Uhr, Bundesfeier, Festplatz, Dorfstrasse 22 (bei schlechtem Wetter in der Mehrzweckhalle Seebel, Breiteackerstrasse 46a), Pfungen, mit Alt Nationalratspräsident Jürg Stahl.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Samstag, 1. August 2026, 10.00 Uhr, Bundesfeier, Kirchplatz, Dietikon, mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Winterthur/Rickenbach
Samstag, 1. August 2026, 20.00 Uhr, Bundesfeier, auf dem Chrameschberg, Rickenbach, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Hinwil/Fiscenthal
Samstag, 1. August 2026, 11.00 Uhr, Bundesfeier, Drechslerei Kleintal, Chlital 3, Steg im Tössstal, mit Kantonsrat Paul von Euw.

Bezirk Winterthur/Zell
Samstag, 1. August 2026, 20.00 Uhr, Bundesfeier, auf dem Wissen, Langenhard, Schlatterstrasse 10, Rikon, mit Regierungsrätin Natalie Rickli.

Kanton Bern
Freitag, 31. Juli 2026, 14.00 Uhr, Bundesfeier, Tellspiel-Areal, Tellweg 5, Matten bei Interlaken BE, mit Alt Bundesrat Christoph Blocher. Anmeldung unter www.proschweiz.ch.